

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Montag, 31. Mai 2010 09:20
An: birgit.ludwig@phwien.ac.at; e.stuerzer@montessori-wien.org; l.boran@montessori-wien.org; mackowiak@ph-weingarten.de; hufschlag@fh-koblenz.de; s.forstner@dschungelwien.at; herbert.lackner@profil.at; rudolf.mitloehner@furche.at; elisabeth.grabenweger@bmwf.gv.at; elmar.schiffkorn@ak-tirol.com; reinhold.schmidhofer@wien.gv.at; innenpolitik@kurier.at; thomas.angerer@akwien.at; rolf.gleissner@wko.at; rainer.stoiber@volkshilfe.at; verena.fabris@volkshilfe.at; info@curaviva.ch; bache@ijab.de; post@l12.bmwfj.gv.at; erwin.kadlik@wien.gv.at; saskia.sautner@staedtebund.gv.at; info@mag.linz.at; post@l12.bmwfj.gv.at; office@frauen-ohne-grenzen.org
Betreff: Sammelmeldung 31.05.2010
Anlagen: WIFF-Ausschreibung 2010-05-28.pdf; Korrigierte + freigegebene Endfassung_ Förderrichtlinien_Erweiterung_WiFF_18052010.pdf; Fruehpaedagogik.pdf; Flyer_Master in Early Childhood Studies_PH WGT PHSG.PDF

Plattform EduCare

elementare und außerschulische Bildung

Informationsdienst

<http://www.Plattform-EduCare.org>

informationsdienst@Plattform-EduCare.org

<http://www.facebook.com/pages/Wien-Austria/Elementarpadagogik/177989085992?ref=sgm>

SAMMELMELDUNG

FRONTALANGRIFF AUF DIE KLEINSTEN - DER GRATISKINDERGARTEN WIRD INFRAGE GESTELLT.

Der Allzeithit von den leeren Kassen kommt dieser Tage besonders glaubwürdig rüber, die Expertenempfehlungen, wonach gerade in Krisenzeiten in Bildung investiert werden sollte, werden beiseite gewischt. Stattdessen gewinnt eine Idee an Attraktivität, die einen Frontalangriff auf die Kleinsten darstellt: Der Gratiskindergarten wird infrage gestellt. Damit geht man nach ersten Fortschritten wie dem verpflichtenden letzten Kindergartenjahr genau in die falsche Richtung. -

<http://derstandard.at/1271377053278/Kinderbetreuung-Angriff-auf-die-Kleinsten>

So schlecht, wie unsere Volksvertreter landauf, landab behaupten, dürfte es Österreich doch nicht gehen. Auch der Spardruck kann nicht so groß sein, wie ihn Finanzminister Josef Pröll und die Bundesregierung darstellen. Denn während bei Kindergärten, Ausbildung und Sozialprojekten der Sparstift angesetzt wird, wird das Geld für Jahrhundertprojekte wie Koralm- oder Brennerbasistunnel wie aus Baggerschaufeln ausgeschüttet, besser gesagt mit Tunnelbohrmaschinen sehr effizient vergraben.

<http://derstandard.at/1271377250802/Koralmtunnel-Taxifahren-ist-billiger>

KEIN BILDUNGSABBAU FÜR VORSCHULKINDER!

MITMACHEN-ENGAGIEREN-PROTESTIEREN:

ganz einfach und bequem - mit einer E-Mail

→ <http://www.plattform-educare.org/Keine%20Gewalt%20an%20Kindern.doc>

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 31.05.2010 09:19:08

MEINUNG

[Herbert Lackner: Danke, Frau Minister](#)

[Spielwiese Schulpolitik](#)

[Beatrix Karl: Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die Zukunftsbereiche einer wissensbasierten Gesellschaft](#)

TOP-THEMA

[Was die Kinderbetreuung den Gemeinden Kostet](#)

[Ein Kindergarten ist kein Kinderspiel](#)

[Pädagogische Berufe in einem neuen Kontext sehen](#)

[Deutsche Familienministerin verteidigt Kinderbetreuung gegen Sparforderungen](#)

BETRIEBSKINDERGARTEN

[IHK: Fachkräfte finden und binden durch betrieblich unterstützte Kinderbetreuung](#)

BILDUNGSPOLITIK

[Bildungspolitische Kraftmeierei](#)

[Im Gespräch: Annette Schavan: „Geld macht nicht klüger“](#)

[Beck fordert Teil der Umsatzsteuer für Investitionen in Bildung](#)

[Deutschland: Mehr Geld für Bildung](#)

[Intelligent in Bildung investieren](#)

BM:UKK / BMWF

[BM:UKK-Homepage](#)

[BMWF Homepage](#)

[Mehrheit für Ausbau der Neuen Mittelschule](#)

[Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die Zukunftsbereiche ...](#)

[Uni-Rektoren wollen alleine an Bologna-Umsetzung arbeiten](#)

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

[Gesetze Bundesländer](#)

[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

BURGENLAND

[Meldungen: keine](#)

KÄRNTEN

[Meldungen: keine](#)

NIEDERÖSTERREICH

[Meldungen:](#)

[NÖ Hilfswerk für Vielfalt, Wahlfreiheit und gleiche Rahmenbedingungen in der ...](#)

[Siedl gegen SP-Beschluss](#)

OBERÖSTERREICH

[Meldungen: keine](#)

SALZBURG

[Meldungen: keine](#)

STEIERMARK

[Meldungen: keine](#)

TIROL

[Meldungen:](#)

[AK Präsident Zangerl: Gerechtigkeit muss sein!](#)

[Gesetz soll Betreuung in den Ferien sichern](#)

[Debatte um Sprachförderung für Migrantenkinder](#)

VORARLBERG

[Meldungen: keine](#)

WIEN

[Meldungen:](#)

[EINLADUNG zur DSCHUNGEL LOUNGE für PädagogInnen \(Kindergarten / Kindergruppe\)](#)

[425 Euro im Monat für wenig Angebot](#)

ELEMENTARPÄDAGOGIK

[Förderungsmöglichkeiten](#)

[Briefe an die Elementarpädagogik](#)

FRAUENBERICHT

["KURIER"-Kommentar von Doris Knecht: "Verhandlungssache"](#)

[AK begrüßt Frauenbericht, aber konkrete Schritte zur Gleichstellung trotz Budgetkonsolidierung notwendig](#)

[WKÖ-Hochhauser: Frauen bei Ausbildung, Erwerbstätigkeit und in der Wirtschaft auf dem Vormarsch](#)

[Fürntrath-Moretti zu Frauenbericht: Nicht Quoten schaffen sondern Kompetenzen stärken!](#)

[Wurm: Nach 15 Jahren wieder ein Frauenbericht!](#)

[Frauenarmut steigt - Maßnahmen sind gefordert Volkshilfe zum aktuelle Frauenbericht](#)

[Das große ABER](#)

FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG

[Schweiz: Tagung «Frühförderung in der Kita: Chance oder Last?»](#)

[Deutschland: Richtlinien zur Förderung der Bildungsforschung im Bereich „Ausweitung der Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte“](#)

[Deutschland: Frühpädagogische Studiengänge im Spannungsfeld von Spezialisierung und Generalisierung. Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ](#)

[Master in Early Childhood Studies der im kommenden WS 10/11 an den PHen St. Gallen und Weingarten](#)

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK

[→ Siehe auch: Befreiung von der Kindergartenverpflichtung](#)

[10 Gründe für Inklusion](#)

[Inklusion beginnt im Kopf.](#)

JUGENDSCHUTZ

[Unbefangenheit in pädagogischen Kontakten gefährdet](#)

JUGENDWOHLFAHRT

[Radiokolleg - Zuhause im Heim *](#)

KINDERGARTEN

[Befreiung von der Kindergartenverpflichtung](#)

KINDERRECHTE

[Europäische Selbsthilfe Gruppe Eltern-Kinderrechte gegen ...](#)

MIGRATION, MIGRANTEN, INTEGRATION

[Städtetag: Arbeitskreis Integration setzt auf Bildung](#)

[Sanierung des Budgets - Österreichischer Gewerkschaftsbund](#)

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

[Übersicht](#)

[Inskription](#)

[PH Wien](#)

[Schnupper- und Informationsnachmittag zur Montessori-Pädagogik und zum Diplomausbildungslehrgang "O"](#)

[Montessori Pädagogik allgemein](#)

[Montessori-Vereinigung Wien & Arbeitsgruppe Freie Lernphase](#)

SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

[Umsetzung des Maßnahmenpaket Integration in Linz auf Hochtouren](#)

[Zügige Umsetzung der vorgestellten Maßnahmen und Projekte](#)

[Mehr als 100.000 Euro für intensive Sprach- und Lernförderung](#)

[Intensivere sprachliche Frühförderung](#)

[Projekt „Mama lernt Deutsch“](#)
[Ausbau des „Rucksack-Modells“](#)
[Projekt „Lese-Tandem“](#)
[Lernförderung in Kooperation mit Dritten](#)
[Club der Begegnung](#)

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

[Stellenausschreibung gruppenführende KindergartenpädagogIn](#)

TAGESELTERN, TAGESMÜTTER, TAGESVÄTER

[Tagesmütter/-väter-Ausbildung: Curriculum für Ausbildungslehrgänge für Tagesmütter/-väter](#)

[Antrag der Abgeordneten Ursula Haubner, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesrahmengesetz zur einheitlichen Regelung von Ausbildung, Berufsdefinition und Besoldung von Tageseltern](#)

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Kindgemäße Pädagogik - Veranstaltungen und Events](#)

[Projektpräsentation und Filmvorführung von "Peace Starts at Home! Men Included", einer Kampagne gegen Gewalt gegen Frauen](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

MEINUNG

Herbert Lackner: Danke, Frau Minister

Die Gesamtschule: die einfache Sache, die schwer zu machen ist.

Zu den bemerkenswertesten Funden auf lange nicht aufgeräumten Dachböden zählen Opas Zeugnisse. Schon amüsant, dass er es im „Rechnen“ bloß zu einem „Wenig zufrieden stellend“ brachte, damals im Jahr 1913. Noch witziger, dass es in der „Erdkunde“ gar ein „Ungenügend“ setzte, wo er später doch so gerne geistert ist.

Das Fach heißt heute nicht mehr „Rechnen“, sondern „Mathematik“, statt „Erdkunde“ sagt man „Geografie“, „wenig zufrieden stellend“ bedeutet „genügend“, und bei „ungenügend“ hat man einen Fleck – aber sonst ist alles gleich geblieben in Österreichs Schulen.

Seit jenem 13er-Jahr, in dem der Opa so schlampert gelernt hatte, sind zwei Weltkriege über den Globus gerast, das Passagierflugzeug wurde erfunden, die Haushalte bekamen elektrisches Licht, Radios, TV-Geräte, Mikrowelle, PC, Internet, iPod, iBook und iPad, die Menschheit erforschte Weltall und Meerestiefen, Urknall und Antimaterie und rottete Pest, Pocken und Polio weitgehend aus.

Nur die Schule ist gleich geblieben. Man sitzt sogar noch in denselben Gebäuden wie der Opa. In Österreichs Städten stammen die meisten Schulen aus dem Jahr 1898, als man zum 50-jährigen Regierungsjubiläum von Kaiser Franz Joseph eine Schulbau-Offensive startete. Vier Jahre Volksschule, dann Hauptschule oder Gymnasium samt Matura. So war es damals, so ist es heute. Sogar die Debatte über Schulpolitik ist dieselbe. Die Sozialdemokraten forderten schon in ihrem Parteiprogramm von 1926 die Einführung der Gesamtschule, da war der Opa noch ein junger Mann. Seither wird darüber gestritten.

Es ist also höchst erfreulich, dass sich 84 Jahre später die neue, wohltuend unkonventionelle Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (ÖVP) aufschwingt und als erste namhafte Bildungspolitikerin ihrer Partei versucht, den gordischen Knoten zu durchschlagen, indem sie sich für eine „einheitliche Schule für alle Zehn- bis 14-Jährigen“ ausspricht. Denn natürlich ist es unmenschlich, so wie zu Opas Zeiten Kinder mit neuneinhalb Jahren für den Rest ihres Lebens vorzusortieren. Logischerweise gehen der Gesellschaft damit viele Talente verloren, die unter ihrem Wert geschlagen werden, und ohne Zweifel wird damit viel Lebensglück verunmöglicht.

Österreich könnte sie ja auch gut gebrauchen, diese vielleicht hoch begabten Techniker, die doch nur in die Elektrikerlehre gehen durften, die Leseratte von der Supermarktkassa, die unter anderen Umständen eine gute Bibliothekarin geworden wäre.

Aber so verwegene Frau Karls Parteifreunde die Idee der Ministerin auch befinden – in Wahrheit geht sie viel zu wenig weit. Denn die Einführung der Gesamtschule ohne vorherige Gesamt-Umkrempelung des österreichischen Schulwesens ist sinnlos, ja sogar kontraproduktiv.

Gesamtschule beabsichtigt ja, deutlich mehr jungen Menschen als bisher zu höherer Bildung zu verhelfen: jenen nämlich, deren Fähigkeiten nicht erkannt wurden und daher verloren gingen. Das braucht viel neuen Raum, also neue Schulen, sowie mehr und besser ausgebildetes Personal. Denn dann sitzen ja alle Kinder acht Jahre lang zusammen: jene, die auch jetzt das Gymnasium mit vorzüglichem Erfolg absolvieren; und die etwa acht Prozent, die im gegenwärtigen System nicht einmal einen Hauptschulabschluss schaffen.

Die Schwachen sollen von den Starken profitieren, diese aber nicht schwächen. Dafür muss es Leistungs- und Förderkurse geben, in denen noch viel genauer auf die Fähigkeiten der Schüler eingegangen wird. Die Gruppen müssen also möglichst klein sein, sonst haben die Nachzügler keine Aufholchance, und den Tüchtigen ist langweilig. Und am Ende des Schuljahrs sollte der Leistungsstandard einigermaßen ausgeglichen sein, sonst rächt sich das im nächsten Jahr.

Wozu noch kommt: Die Gesamtschule ist durch die Zuwandererwellen noch ein weit komplexeres Projekt geworden, als sie es ohnehin immer war. Wenn, wie in manchen Gebieten größerer Städte, die Hälfte der Kinder bei Schuleintritt nicht Deutsch kann, kann Gesamtschule nicht funktionieren. Ihre Einführung muss also mit einer streng kontrollierten, mindestens zweijährigen Kindergartenpflicht für nicht deutschsprachige Zuwandererkinder einhergehen.

Gibt es so viele Kindergärten? Gibt es genügend Schulen? Wer bildet die Lehrer entsprechend aus? Wer motiviert sie, wenn die neue Schule weit mehr als die heiß diskutierten zwei Stunden Mehrarbeit in der Woche bedeutet? Wer schafft ihnen Arbeitsplätze, die über den halben Quadratmeter hinausgehen, den sie heute im Durchschnitt in den Lehrerzimmern haben? Und wer bezahlt das alles, wo doch rundum gespart werden muss?

Bitte nicht missverstehen: Das ist kein Plädoyer gegen die Gesamtschule. Es ist eines gegen jene, die schon den schüchternen Gedanken der Ministerin für radikal halten.

herbert.lackner@profil.at

<http://www.profil.at/articles/1021/560/269712/herbert-lackner-danke-frau-minister>

Spielwiese Schulpolitik

Während wir ständig mit so komplizierten Dingen wie Wirtschaftskrise und Eurostabilisierung behelligt werden, gönnt uns die Regierung Entspannung auf einem Nebenschauplatz: Es gibt wieder einmal eine Schuldebatte.

Von [Rudolf Mitlöhner](#)

Die ÖVP hat ein doppeltes Problem: Immer wenn sie modern sein will, wirkt das irgendwie peinlich. Hallo, also ... ähm ... wir sind ja eigentlich gar nicht so ... Stichworte dazu wären: Perspektivenprozess, „moderne konservative Volkspartei“, Andrea Kdolsky. Das ist die eine Seite. Das ginge noch an, stünde dem ein nennenswerter Flügel gegenüber, der ein klar konturiertes liberal-konservatives Profil zeigte. Aber da ist nicht viel. Stattdessen steht dort – symbolisch – Fritz Neugebauer. Und das ist die zweite Seite des Problems. Mit seinesgleichen verkommt das konservative Prinzip, wonach die „Beweislast“ beim „Veränderer“ (O. Marquard) liegt, zur Strategie der Besitzstandswahrung. Statt offensiv für Bewährtes in neuen oder adaptierten Formen zu werben, wird bloß defensiv an Überkommenem festgehalten.

Das Gesamtbild ist verheerend: Als Ergebnis dieser Doppel-„Strategie“ entsteht für den Beobachter der Eindruck, es gehe nur noch um das möglichst unauffällige Räumen längst unhaltbar gewordener Bastionen ohne allzu großen Gesichtsverlust.

Zerrbild des Schulsystems

Besonders schön lässt sich dieser Befund anhand der eben wieder ausgebrochenen Bildungsdebatte exemplifizieren. Seit Jahren eiert die ÖVP hier herum, irgendjemand prescht mit etwas vor, was dem Sinn nach „Gesamtschule“ bedeutet, wie immer es gerade heißt, der Parteichef wiegelt ab, beruhigt, die SPÖ jubelt (aus taktischen Gründen nur verhalten), Alt-ÖVP-ler nicken zustimmend – und Fritz Neugebauer sagt „Njet“. Die üblichen Unverdächtigen greifen zur Feder, um ein Zerrbild des gegliederten Schulsystems, sprich: der AHS, zu zeichnen, vor dem sich dann umso lichtvoller die soziale, durchlässige, integrative, nicht diskriminierende ... Schule der Zukunft abhebt. Einigen wenigen Lehrern und anderen Meinungsbildnern bleibt es vorbehalten, ein paar kritisch-skeptische Fragen zu stellen.

Zum Beispiel: Wer garantiert, dass diese gemeinsame Schule der Zehn- bis 14-Jährigen auch all das hält, was sie verspricht? Woher kommt eigentlich die Zuversicht, dass die Arbeit in einer Klasse mit Kindern aus unterschiedlichsten sozialen Milieus, mit unterschiedlichsten Kenntnissen der deutschen bzw. der Muttersprache, mit oder ohne Migrationshintergrund, funktioniert, wenn schon der Unterricht selbst an „guten“ Privatschulen, in relativ homogenen Klassen, immer wieder aus dem Ruder zu laufen droht? Gewiss, die Hauptschule in der Stadt (vor allem in Wien) ist zur Ghetto-Schule geworden, die jeder meidet, der nur irgendwie kann – was sich natürlich auch negativ auf das Gymnasium auswirkt. Aber wenn ich diese „Ghetto-Schule“ mit der AHS-Unterstufe zusammenführe, entsteht doch daraus keine „Neue Mittelschule“, die diesen Namen verdient, geschweige denn ein „Gymnasium für alle“. Im übrigen war sogar einem ORF-Bericht kürzlich zu entnehmen, dass Finnland, das Mekka aller Bildungsexperten, seine Top-Plätze in den einschlägigen Rankings nicht unbedingt der Gesamtschule verdankt, sondern der Tatsache, dass dort weniger Kinder mit Muttersprachproblemen in den Klassen sitzen – und die bei uns vielgeschmähten Sekundärtugenden einen höheren Stellenwert haben.

Ideologisches Ungleichgewicht

Das Grundproblem der Schule heute - und zwar aller Schulformen - ist der geringe Stellenwert, der ihr zukommt und der sich nicht zuletzt in einer gesellschaftlichen Geringschätzung des Lehrberufs, die paradoxer Weise Hand in Hand mit völlig überzogenen Erwartungen geht, manifestiert. Das ideologische Ungleichgewicht der Debatte besteht darin, dass Freiheit, Leistung und Wettbewerb nicht annähernd so engagierte Anwälte haben wie Gleichheit und Integration.

Die neue Schule, die Österreich bildungsmäßig an die Spitze bringt, beginnt in den Köpfen, nicht in sozialtechnokratisch inspirierten Strukturreformen. Diese würden bestehende gravierende Probleme nur verschärfen, ohne dass irgendjemandem damit geholfen wäre.

<http://www.furche.at/system/showthread.php?s=bc5ed9efce75e68010ebb3a06d195ee4&t=1801>

Beatrix Karl: Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die Zukunftsbereiche einer wissenschaftsbasierten Gesellschaft

Utl.: Wissenschafts- und Forschungsministerin bei Podiumsdiskussion am Management Center Innsbruck =

Innsbruck (OTS) - "Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die Zukunftsbereiche einer wissenschaftsbasierten Gesellschaft", so Wissenschafts- und Forschungsministerin Dr. Beatrix Karl in ihrer heutigen Rede am Management Center Innsbruck (MCI). Das Wissensdreieck Bildung, Forschung und Innovation sei die "Basis für Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Wachstum. Wissen ist unsere wichtigste Ressource."

"Wie können wir die vorhandenen Talente und Potentiale frühzeitig erkennen sowie optimal und nachhaltig fördern? Und wo entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft in Österreich?" Dies seien zwei Kernfragen für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Österreich. Besondere Bedeutung komme dabei der Vernetzung zu - regional, national sowie international. "Wissenspartnerschaft bedeutet Innovation durch Kooperation", unterstrich die Ministerin.

Beatrix Karl ging weiters auf den "Dialog Hochschulpartnerschaft" ein, der im November des Vorjahres gestartet wurde. "Der Ausstieg mancher Dialogpartner ist bedauerlich, der Dialog geht aber natürlich weiter. Die Arbeit in den fünf Arbeitsforen verläuft sehr konstruktiv", so die Ministerin. Jüngst wurde ein Zwischenbericht vorgelegt, mit Ende Juni wird es den Endbericht geben, von dem sich die Ministerin wichtige Empfehlungen erwartet. Bei der Bologna-Umsetzung sieht die Ministerin teilweise Verbesserungsbedarf, sie habe daher im Rahmen der Bologna-Konferenz das Maßnahmenpaket "Bologna reloaded" vorgelegt, an dessen Umsetzung zügig gearbeitet wird. "Denn: Bologna kann nur so gut sein wie seine Umsetzung."

Beim Thema Hochschulzugang verwies die Ministerin auf die kürzlich beschlossenen "Notverordnungen" (Stichwort § 124b), die den Universitäten Wien, Salzburg und Klagenfurt eine begrenzte Platzanzahl in Publizistik ermöglichen. "Das kann aber nur eine kurzfristige Lösung sein", so die Ministerin. Sie habe daher mit dem Koalitionspartner vereinbart, die Studieneingangsphase neu zu gestalten, die offen ist für faire und qualitative Aufnahmeverfahren. Dazu laufen die Gespräche. Ihr gehe es vor allem darum, die Qualität für Studierende und Lehrende sicherzustellen und weiter auszubauen.

Die Ministerin setzt sich u.a. für eine bessere Studienwahlberatung ein, denn derzeit beginnen 60 Prozent der Studienbeginner/innen in nur zehn Prozent der Fächer. "Wir müssen die jungen Menschen besser über die breite Palette an Studienmöglichkeiten informieren", so ein zentrales Anliegen der Ministerin. Es zeige sich auch, dass es in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) Kapazitäten gebe, daher das Motto: "MINT statt Masse".

Beatrix Karl ging weiters auf die Novelle zum Fachhochschulstudiengesetz ein. "Ziel ist es, rechtliche Rahmenbedingungen zu erarbeiten, um veränderten Herausforderungen gerecht zu werden", so die Ministerin zu den laufenden Gesprächen, in die sämtliche Betroffene eingebunden sind.

Ein zentrales Anliegen ist der Wissenschaftsministerin der Ausbau von Kooperation zwischen Universitäten, zwischen Universitäten und Fachhochschulen sowie zwischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen. Auch gehe es darum, die Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft mit "Wissenspartnerschaften" zu intensivieren sowie die Innovation als dritte Säule an den Universitäten (neben Lehre & Forschung) weiter zu stärken.

"Als Wissenschaftsministerin ist mir die Weiterentwicklung des

gesamten Bildungssystems ein großes Anliegen", so Beatrix Karl weiter. Sie verwies auf die Lehrer/innenbildung NEU, ein gemeinsames Projekt des Wissenschaftsministeriums mit dem Unterrichtsministerium. Die Hochschulen seien gewissermaßen die "Abnehmer der Absolventinnen und Absolventen unserer Schulen". Bei der Bildungsreform müsse man besonders Qualität und Leistung berücksichtigen. "Ich sehe den **Kindergarten** als Bildungsgarten und die Schule als Ort des Wissens und der Kreativität", sagte Karl. Die Hochschuleinrichtungen seien "Innovationstreiber", weiters unterstrich die Ministerin die Bedeutung des lebenslangen Lernens zur Vertiefung und Weiterentwicklung.

Rückfragehinweis:

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
Minoritenplatz 5, 1014 Wien
Presse: Mag. Elisabeth Grabenweger
Tel.: +43 1 531 20-9014
<mailto:elisabeth.grabenweger@bmwf.gv.at>
www.bmwf.gv.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/43/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

TOP-THEMA

2.345 von 2.357 österreichischen Gemeinden sind Mitglied des Österreichischen Gemeindebundes. Die fehlenden Gemeinden sind im Städtebund organisiert, auch gibt es einige Doppelmitgliedschaften. In der Zeitung „Kommunal“ des Österreichischen Gemeindebundes sind in der Ausgabe 5.2010 u.a. nachfolgende Artikel veröffentlicht:

Was die Kinderbetreuung den Gemeinden Kostet

AUS! Mit den Belastungen muss jetzt Schluss sein!

Seit Monaten thematisiert der Gemeindebund in der Öffentlichkeit die dramatische finanzielle Lage der Gemeinden. In den vergangenen Wochen mit Erfolg. Gemeindebund-Chef Mödlhammer sieht die finanzielle Schmerzgrenze der Gemeinden überschritten und fordert einen Belastungsstopp für die nächsten Jahre.

→ http://www.kommunalverlag.at/files/seiten_08_12_belastungsstopp.pdf

Ein Kindergarten ist kein Kinderspiel

Das kostenfreie letzte Kindergartenjahr - die Kosten explodieren!

Die weitgehend flächendeckende Einführung des kostenfreien letzten Kindergartenjahres ist wieder in die Schlagzeilen geraten. Angesichts leerer Kassen und unter Druck geratener öffentlicher Haushalte werden nun (auch in den Ländern) die Rahmenbedingungen neu diskutiert. Dabei geht es nicht nur um das letzte Kindergartenjahr, sondern auch um den Gratiskindergarten ab dem dritten Lebensjahr.

→ http://www.kommunalverlag.at/files/seiten_12_17_kindergarten.pdf

Pädagogische Berufe in einem neuen Kontext sehen

Österreich sei mit Malta das einzige europäische Land, das seine Elementarpädagogen noch nicht auf der Hochschule ausbildet. Geht es nach Mag. Dr. Heidemarie Lex-Nalis von der Plattform „EduCare“, soll sich das in Zukunft ändern. Die Expertengruppe sieht dringenden Handlungsbedarf und will die Elementarpädagogik als erste Bildungsstätte für Kinder in einem vom Bund geregelten, einheitlichen System sehen.

→ http://www.kommunalverlag.at/files/seiten_16_kindergartentanten.pdf

Deutsche Familienministerin verteidigt Kinderbetreuung gegen Sparforderungen

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) hat den Ausbau der Kinderbetreuung gegen Sparforderungen verteidigt. "Der Ausbau der Betreuung ist zurzeit eines der wichtigsten gesellschaftspolitischen Projekte", sagte die Politikerin dem "Tagesspiegel" (Sonntagausgabe).

"Hier entscheidet sich Zukunft." Die Ministerin wandte sich auch entschieden dagegen, den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz zu verschieben. "Das kommt nicht in Frage", sagte sie. "Daran rühre ich nicht." Der Rechtsanspruch soll 2013 kommen. Schröder bekräftigte, auch das Familienministerium werde seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. "Man kann auch in Zeiten knapper Kassen gute und kluge Familienpolitik

machen", meinte sie. Ihr Vorhaben, die Vätermomente beim Elterngeld zu verdoppeln, bekräftigte die Ministerin. Neues Geld dafür erwartet sie nicht vom Finanzminister. "Wenn ich neue Projekte anstoßen will, muss ich diese aus meinem eigenen Haushalt finanzieren", sagte sie.

<http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2010-05/17027315-familienministerin-verteidigt-kinderbetreuung-gegen-sparforderungen-003.htm>

BETRIEBSKINDERGARTEN

IHK: Fachkräfte finden und binden durch betrieblich unterstützte Kinderbetreuung

lifepr.de (Pressemitteilung)

Unter vielfältigen Angeboten nimmt die betrieblich unterstützte Kinderbetreuung eine wichtige Rolle ein. In dieser Veranstaltung wird durch die ...

BILDUNGSPOLITIK

Bildungspolitische Kraftmeierei

WELT ONLINE

Das Ziel bis zum Jahr 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Bildung auszugeben, erscheint den Bayern zu kostspielig. ...

Im Gespräch: Annette Schavan: „Geld macht nicht klüger“

FAZ - Frankfurter Allgemeine Zeitung

Bundesbildungsministerin Annette Schavan erklärt, dass das Geld für Bildung und Forschung gut angelegt ist und warum es Kleinkindern wenig hilft, ...

Beck fordert Teil der Umsatzsteuer für Investitionen in Bildung

Ad-Hoc-News (Pressemitteilung)

Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) fordert einen Teil der Umsatzsteuer als zusätzliche Geldquelle für die Bildung. Er trete dafür ein, dass der Bund 2,9 ...

Deutschland: Mehr Geld für Bildung

FOCUS Online

Allen Einsparungsdiskussionen zum Trotz: Die Ausgaben für Bildung und Forschung sind 2008 im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen. ...

Intelligent in Bildung investieren

FAZ - Frankfurter Allgemeine Zeitung

Von Lisa Becker Für die Vorteile besserer Bildung muss man nicht groß werben. Studien belegen, dass Bildung nicht nur berufliche, sondern auch private ...

BM:Ukk / BMWF

[BM:Ukk-Homepage](#)

[BMWF Homepage](#)

Mehrheit für Ausbau der Neuen Mittelschule

Kleine Zeitung

Das zeigt eine im Auftrag des Unterrichtsministeriums erstellte IFES-Studie. 38 Prozent sind umgekehrt der gegenteiligen Ansicht, 14 Prozent gaben keine ...

Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die Zukunftsbereiche ...

tt.com - Wo's Click macht

Sie verwies auf die Lehrer/innenbildung NEU, ein gemeinsames Projekt des Wissenschaftsministeriums mit dem Unterrichtsministerium. ...

Uni-Rektoren wollen alleine an Bologna-Umsetzung arbeiten

derStandard.at

Die uniko sieht dagegen "eine ausdrückliche 'Neuaufladung' des Bologna-Prozesses mittels neuer vom **Wissenschaftsministerium** einberufener Arbeitskreise als ...

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS
Informationsangebote

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen: keine

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noel.gv.at

Meldungen:

NÖ Hilfswerk für Vielfalt, Wahlfreiheit und gleiche Rahmenbedingungen in der ...

APA OTS (Pressemitteilung)

Das NÖ Hilfswerk ist seit über 30 Jahren für sein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Angebot bei der privaten Kinderbetreuung durch Tagesmütter, ...

Siedl gegen SP-Beschluss

NÖN Online

Zuvor hat schon die Volkspartei einen Abänderungsantrag eingebracht - den Kindergarten zwar beschließen, den Standort mit der Formulierung „im Ungarviertel“ ...

OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen: keine

SALZBURG

Salzburg: www.salzburg.gv.at**Meldungen: keine****STEIERMARK**Steiermark: www.steiermark.at**Meldungen: keine****TIROL**Tirol: www.tirol.gv.at**Meldungen:****AK Präsident Zangerl: Gerechtigkeit muss sein!**

Utl.: AK Tirol: Massive Ablehnung gegen höhere Massensteuern in der 156. Vollversammlung - Budgetsanierung nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer =

Innsbruck (OTS) - Die AK Tirol tritt für eine sozial gerechte und wirtschaftlich vernünftige Art der Budgetsanierung ein. Für AK Präsident Erwin Zangerl heißt das: Die AK sagt Nein zu einer Erhöhung bzw. zu neuen Massensteuern! Stattdessen sollte aber eine Bankenabgabe, die Vermögenszuwachs- und Finanztransaktionssteuer eingeführt, sowie die Gruppen- und Stiftungsbesteuerung geändert werden.

Zangerl betonte in seinem Bericht an die AK-Vollversammlung, dass die Konsolidierung der Staatsfinanzen nicht auf Kosten der Arbeitnehmer erfolgen dürfe. "Vielmehr müssen die riesigen Finanzvermögen endlich ihren Beitrag leisten. Neben den auf diese Gruppe zugeschnittenen Steuern und Abgaben, fordert der AK Präsident auch eine Begrenzung der Absetzbarkeit von Managergehältern auf 500.000 Euro pro Jahr. Weiters warnte der AK Präsident davor, zur falschen Zeit und am falschen Platz zu sparen. "Es ist unbestritten, dass die Staatsfinanzen wieder ins Lot gebracht werden müssen. Wichtige Zukunftsbereiche wie Bildung, Forschung, Gesundheit und Beschäftigung dürfen aber nicht der Budgetkonsolidierung zum Opfer fallen. "Die geplanten rigorosen Einsparungen im Bereich Arbeitsmarkt, Soziales, Bildung und Gesundheit wären fatal", sagte Zangerl. Es droht die Gefahr, die Wirtschaft langfristig zu schädigen und die Arbeitslosigkeit zu steigern. "Der Haushalt muss hauptsächlich über Wirtschaftswachstum saniert werden", sprach sich Zangerl für ein noch heuer zu startendes Konjunktur-Impuls-Programm aus. "Denn die Arbeitnehmer sind die Träger der Wirtschaft. Ein Konjunkturaufschwung ist nur möglich, wenn die Beschäftigten genügend Mittel zur Verfügung haben. Die Arbeitnehmer finanzieren bereits jetzt zu zwei Drittel das gesamte Steueraufkommen unseres Staates über die Lohn- bzw. Mehrwertsteuer. Die Arbeitnehmer investieren im eigenen Land, sie können auch nicht nach China auslagern, weder ihre Ersparnisse noch die **Kinderbetreuung**."

Zur Untermauerung der AK Position beschloss die Vollversammlung auch eine Reihe von Anträgen. Zangerl: " Wir rüsten uns für die im Herbst zu erwartenden Grausamkeiten, es darf keinen Raubzug des Staates in die Geldtaschen der Arbeitnehmer geben. Es kann nicht sein, dass die Arbeitnehmer die Hauptlast zur Ordnung der Staatsfinanzen tragen sollen. Die Arbeitnehmer über neue Massensteuern zur Kasse zu bitten, ist geradezu unanständig.

Aus diesem Grund wird die Arbeiterkammer ihren Anliegen zur Budgetkonsolidierung mit einer österreichweiten Kampagne Aufmerksamkeit verschaffen. Unter dem Motto "Gerechtigkeit muss sein" wird für eine sozial gerechte und wirtschaftlich vernünftige Art der Budgetsanierung geworben.

"Müssen wir jede Krot schlucken?" fragen sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wenn sie von immer neuen Bankenpaketen, Budgetsanierung, geplantem "ausgabenseitigem Sparen" oder neuen Steuern wie der CO2-Abgabe hören.

Genau dieses Sinnbild, die "Krot" die wir nicht schlucken wollen, wird im Mittelpunkt der bundesweiten AK-Kampagne stehen, die heute, Freitag, startet.

Die Arbeiterkammer als größte gesetzliche Interessenvertretung mit mehr als 270.000 Mitgliedern in Tirol wird ihre Position im Sinne der Arbeitnehmer bekannt machen.

Zangerl: "Die AK ist in der Frage Steuergerechtigkeit gewillt, stark aufzutreten und die Interessen der Arbeitnehmer zu verteidigen."

Rückfragehinweis:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol, Pressestelle
Dr. Elmar Schiffkorn
Tel.: 0512/5340 - 1280
<mailto:elmar.schiffkorn@ak-tirol.com>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/24/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Gesetz soll Betreuung in den Ferien sichern

ORF.at

Tiroler Kinderkrippen und Horte sind gut ausgelastet. Doch in Ferienzeiten stehen viele Eltern immer noch vor verschlossenen Türen. ...

Debatte um Sprachförderung für Migrantenkinder

tt.com

Die Schwazer Kindergärten, wie hier in der Burggasse, wurden bisher von einer türkischstämmigen Stützkraft bei der Sprachförderung betreut. ...

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen: keine

WIEN



Wien: www.wien.gv.at

Meldungen:

EINLADUNG zur DSCHUNGEL LOUNGE für PädagogInnen (Kindergarten / Kindergruppe)

Sehr geehrte Pädagogin, sehr geehrter Pädagoge!

Wir möchten Sie sehr herzlich zur DSCHUNGEL LOUNGE für ElementarpädagogInnen am Dienstag, 15. JUN. um 18:00 einladen!

Die Informationsveranstaltung ist inhaltlich speziell auf Ihren pädagogischen Bereich abgestimmt und macht Sie mit dem Programm der Saison 2010/11 vertraut.

Neben einer Vorschau auf kommende Produktionen bieten wir Ihnen weiterführende Informationen zu Vermittlung, Fortbildung und Aktuellem aus dem Bereich der Darstellenden Kunst in Österreich. Das vielfältige und umfangreiche Programmangebot wird Ihnen von dem Direktor des DSCHUNGEL WIEN, sowie den mitwirkenden RegisseurInnen, AutorInnen und SchauspielerInnen präsentiert.

Um Ihnen einen praktischen Einblick in die Theaterarbeit für die Allerkleinsten zu geben, findet nach der Präsentation des Programms ein Kurzworkshop mit Wahrnehmungs- und Sensibilisierungsübungen unter der Leitung von Stephan Rabl statt.

Beim anschließenden Buffet stehen Ihnen die anwesenden KünstlerInnen gerne für Fragen und Anregungen zur Verfügung.

Nutzen Sie die Gelegenheit, das vielseitige Angebot der kommenden Saison kennenzulernen und mit PädagogInnen, TheaterpädagogInnen, Kunstschaffenden, Persönlichkeiten des öffentlichen Bereiches sowie den DSCHUNGEL WIEN MitarbeiterInnen in Dialog treten zu können.

Um Anmeldung unter s.forstner@dschungelwien.at oder 01. 522 07 20 -18 wird gebeten. Eintritt frei!

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

Stephan Rabl (Direktor und künstl. Leiter) & Sabine Forstner-Widter (Pädagogische Einrichtungen)

425 Euro im Monat für wenig Angebot

Kurier

Viele Betreuer und Sprachunterricht mit Native Speaker soll eine Kindergarten-Leiterin in Wien-Neubau versprochen haben. Laut Eltern wurde das nicht ...

ELEMENTARPÄDAGOGIK

Förderungsmöglichkeiten

Briefe an die Elementarpädagogik

Nachfolgende Gedanken stützen sich im Wesentlichen auf Erfahrungen aus einer langjährigen Unterrichtspraxis an der bakip21 - in den Fächern Bildnerische Erziehung und Werkerziehung.

Die Lesart versteht sich als Folge unterschiedlicher Themen aus der Elementarpädagogik, von denen manche differenziert behandelt, andere wiederum in ihrer Skizzenhaftigkeit belassen werden. Die Publikation erfolgt in unterschiedlichen Intervallen. Für die Zukunft wird eine Möglichkeit angestrebt, besagte Inhalte über dieses Medium diskutieren zu können.

Anregungen, Anmerkungen etc. an: reinhold.schmidhofer@wien.gv.at

1. [Frühe Bildung und ihre Indizien](#)
 2. [Gettin´ the blues oder: Spielen um vier Uhr früh](#)
 3. [Spielerisch die Welt erobern](#)
 4. [Ästhetik, Kreativität und Elementarpädagogik](#)
-

FRAUENBERICHT

"KURIER"-Kommentar von Doris Knecht: "Verhandlungssache"

Utl.: Familie und Haushalt zu organisieren, ist kein Beliebtheitswettbewerb. =

Wien (OTS) - Dass es nach 15 Jahren wieder einen ausführlichen Frauenbericht gibt, ist absolut begrüßenswert: ohne Evaluierung keine Verbesserung. Wobei: Der Bericht enthält auch Positives: Die Frauen sind besser ausgebildet als je zuvor, ja teilweise besser als die Männer. Aber natürlich gibt es viel Deprimierendes: Die Einkommensschere ist größer geworden; nur zehn Prozent der Chefs sind Chefinnen; dafür werden zwei Drittel der Hausarbeit und die Kinderbetreuung nach wie vor von Frauen erledigt.

Gegen die Ungerechtigkeit im Beruf muss die Politik mit Quoten ankämpfen. Gegen die daheim können nur die Frauen selbst etwas tun. Solange so viele Frauen ihren Männern ein modernes Pascha-Dasein ermöglichen, wird sich nichts ändern. Frauen müssen begreifen, dass die partnerschaftliche Organisation von Familie, Beruf und Haushalt kein Beliebtheitswettbewerb ist, sondern reine Verhandlungssache. Frauen müssen lernen zu sagen, was sie wollen. Sie müssen lernen, manchmal zickig zu sein, unnachgiebig und gar nicht lieb. Und zwar, weil man letztlich profitiert, wenn man die Männer von der Notwendigkeit ihrer Partizipation überzeugt: Weil sich eben nur so etwas ändert.

Rückfragehinweis:

KURIER, Innenpolitik

Tel.: (01) 52 100/2649
<mailto:innenpolitik@kurier.at>
www.kurier.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/129/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

AK begrüßt Frauenbericht, aber konkrete Schritte zur Gleichstellung trotz Budgetkonsolidierung notwendig

Wien (OTS) - Die AK begrüßt, dass nach nunmehr 15 Jahren wieder ein Frauenbericht der Bundesregierung vorliegt: Eine kontinuierliche Analyse der Situation von Frauen ist eine wichtige Grundlage für den weiteren Handlungsbedarf. Und da gibt es nach wie vor viel zu tun: Beim Zugang zu den verschiedenen Berufen, der ungleichen Aufteilung von unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern, dem fehlenden Angebot für **Kinderbetreuung** und Pflege, der beharrlich bestehende Einkommensnachteil, die Benachteiligung beim beruflichen Aufstieg und der geringe Anteil von Frauen in Führungspositionen. Auch wenn es in einzelnen Bereichen gewisse Fortschritte gegeben hat, ist Österreich von einer gleichberechtigten Gesellschaft noch weit entfernt. Die AK verlangt, dass diese dringlichen Ziele nicht aufgrund der Budgetkonsolidierung vernachlässigt werden. Auch in Zeiten der Budgetkonsolidierung muss das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern entschlossen verfolgt werden. Unverzichtbar sind Mittel für den Ausbau der **Kinderbetreuung** und Pflege, aber auch für Maßnahmen zur Veränderung der Ausbildungs- und Berufswahl und zum Schließen der Einkommensschere.

Rückfragehinweis:
AK Wien Kommunikation
Thomas Angerer
Tel.: +43-1 501 65-2578
<mailto:thomas.angerer@akwien.at>
<http://wien.arbeiterkammer.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/26/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

WKÖ-Hochhauser: Frauen bei Ausbildung, Erwerbstätigkeit und in der Wirtschaft auf dem Vormarsch

Ütl.: Weitere Verbesserungen erfordern vielfältige Maßnahmen, keine Brechstange =

Wien (OTS/PWK425) - "Auch wenn noch vieles zu tun bleibt, zeigt der Frauenbericht, dass sich die Lebenssituation von Frauen in Österreich wesentlich verbessert hat", kommentiert Anna Maria Hochhauser, Generalsekretärin der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) den Frauenbericht, der heute von Ministerin Gabriele Heinisch-Hosek präsentiert wurde. So haben Frauen in der Ausbildung die Männer bereits überholt. Mehr als die Hälfte aller Studierenden sind Frauen. Auch ist die Beschäftigungsquote der Frauen in Österreich stärker gestiegen als jene der Männer und lag 2008 mit 65,8% weit über dem EU-27-Schnitt von 59,1%.

Frauen verzeichnen heute eine geringere Arbeitslosigkeit als Männer. Und sie haben eine um 5,4 Jahre höhere Lebenserwartung als Männer, können aber um 5 Jahre früher in die Regelpension gehen als diese.

"Der Bewusstseinswandel ist im Gang, die verbesserte Ausbildung der Frauen wird sich zeitverzögert auch in den Chefetagen auswirken", ist Hochhauser zuversichtlich. "Frauen sind zwar bei Führungspositionen noch in der Minderheit, doch insgesamt in der Wirtschaft klar auf dem Vormarsch." So stieg der Anteil der Unternehmensgründungen durch Frauen zwischen 1994 und 2009 von 25,9 auf 40,6%. Die "Brechstange" in Form von Quoten sei daher nicht notwendig und selbst diskriminierend, so die Generalsekretärin.

Natürlich bleibt viel zu tun: "Der Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen hat viele Ursachen, von der Berufswahl über mangelnde externe **Kinderbetreuung**, den früheren Pensionsantritt bis hin zu Unterschieden im Verhalten. Entsprechend vielfältig müssen die

Maßnahmen sein, um Verbesserungen zu erzielen", betont Hochhauser. So müsse Österreich das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen ausbauen, um Müttern und Vätern die Wahlfreiheit zu geben. Die Öffnungszeiten müssen sich dabei vor allem an den Bedürfnissen der berufstätigen Frauen orientieren.

Auch verändern sich Rollenbilder nur langsam: So dominieren Männer immer noch in den technischen und einkommensstärkeren Berufen. "Wir müssen daher Mädchen und Burschen zur untypischen Berufswahl ermutigen, dürfen aber niemanden gegen seine Neigung zwangsbeglücken", fordert Hochhauser. (SR)

Rückfragehinweis:

Wirtschaftskammer Österreich, Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit
 Dr. Rolf GLEISSNER
 Tel.: T:+43 (0)5 90 900 4288,
 F:+43 (0)5 90 900 3588
<mailto:rolf.gleissner@wko.at>
 persönl. Fax: +43 (0)5 90 900 114288

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/240/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
 INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Fürntrath-Moretti zu Frauenbericht: Nicht Quoten schaffen sondern Kompetenzen stärken!

Utl.: Zielgerichtete Frauenförderung ebnet Weg in Führungspositionen -
 Deutlicher Ausbau von flexiblen Kinderbetreuungsplätzen
 gefordert =

Wien (OTS/PWK423) - Der von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek heute, Freitag, präsentierte Frauenbericht stelle eine Übersicht über die verschiedenen Aktionsfelder in der Frauenpolitik dar. "Gerade was die Situation von Frauen in Führungspositionen anbelangt, darf aber nicht als einzige Antwort die Quotenkeule geschwungen werden, sondern die Ergebnisse sind im Detail zu betrachten", betonte Adelheid Fürntrath-Moretti, Bundesvorsitzende von Frau in der Wirtschaft, in Reaktion auf den Bericht.

Man müsse viel eher die Frage stellen, warum Frauen in verschiedenen Bereichen in so wenigen Top-Jobs vertreten seien. Außer in technischen Bereichen, wo immer noch ein Mangel an Frauen herrsche, scheitere es selten an der Kompetenz der Frauen. Und gerade dann seien Quoten nicht die Lösung. "Denn nur wenn es gelinge, Frauen zielgerichtet von ihrem Einstieg ins Berufsleben zu fördern und sie auf ihrem Weg nach oben zu begleiten, schaffe man einen nachhaltigen Paradigmenwechsel.

In diesem Zusammenhang verwies Fürntrath-Moretti auf die stetig steigende Anzahl von unternehmerisch tätigen Frauen in Österreich. Bereits über 40 Prozent der Jungunternehmer sind weiblich, die Anzahl der Unternehmerinnen in Österreich liegt schon bei mehr als einem Drittel - nicht miteingerechnet jene Frauen, die etwa als Geschäftsführerinnen ihre Männer im Unternehmen unterstützen. "Unternehmertum ist für immer mehr Frauen eine attraktive Alternative zu einem unselbständigen Arbeitsverhältnis. Ein eigenverantwortliches Arbeiten oder eine flexiblere Zeiteinteilung sind Motive für den Schritt in die Selbständigkeit", so Fürntrath-Moretti. Auch in der Wirtschaftskammer würden sich Frauen vermehrt als Delegierte und in wichtigen Kammerfunktionen engagieren: Lag der Anteil der weiblichen Delegierten 2000 erst bei 8 Prozent, stieg er 2005 auf 16 Prozent und konnte nun im Rahmen der letzten WK-Wahl auf 28 Prozent gesteigert werden.

Betreuungspflichten: Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen forcieren!

Dass die Betreuungspflichten für Frauen nach wie vor einen wesentlichen Hemmschuh in Hinblick auf ihre Berufstätigkeit darstellen, sei leider Fakt, so Fürntrath-Moretti. Während noch nie so viele österreichische Frauen berufstätig und noch nie zuvor so viele Unternehmerinnen am Markt tätig waren, bleiben die Betreuungspflichten (**Kinderbetreuung** oder die Pflege älterer Angehöriger) an Frauen hängen.

Deshalb fordert die Bundesvorsitzende von Frau in der Wirtschaft eine "rasche und deutliche Forcierung" des Ausbaus von Kinderbetreuungsplätzen. "Wir gehen davon aus, dass 45.000 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze geschaffen werden müssen, die in ihren Öffnungszeiten deutlich flexibler werden. Denn die klassischen 9-to-5 Jobs werden weniger und somit müssen auch die Öffnungszeiten bedarfsgerechter werden. Wir brauchen eine leistbare und flexible **Kinderbetreuung!**", betont Fürntrath-Moretti. Damit verbunden sei

auch die Forderung nach einer Ausweitung der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten für über 10-jährige Kinder. (us)

Rückfragehinweis:

Mag. Elisabeth Zehetner
 Junge Wirtschaft | Gründer-Service | Frau in der Wirtschaft
 Wirtschaftskammer Österreich I Wiedner Hauptstr. 63 | 1045 Wien
 T 05 90 900 3042 | F 05 90 900 219

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/240/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Wurm: Nach 15 Jahren wieder ein Frauenbericht!

Ütl.: Frauen sind gut ausgebildet, aber schlecht bezahlt =

Wien (OTS/SK) - "Der letzte große Frauenbericht stammt aus dem Jahr 1995. Der Bericht erschien seit 1975 alle zehn Jahre, 2005 fiel der Bericht unter der damaligen Frauenministerin Rauch-Kallat aus. Die Planung für den jetzigen Bericht gab Ex-Frauenministerin Doris Bures 2007 in Auftrag. Jetzt ist er endlich fertig. Es ist ein wirklich seriöser Bericht darüber, wie die Situation der Frauen aussieht und keine 'Schönfärberei'", zeigte sich SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm über den heute, Freitag, von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek präsentierten Frauenbericht 2010 sehr erfreut. "Auf den Punkt gebracht zeigt der Bericht: Frauen in Österreich sind gut ausgebildet, aber schlecht bezahlt. Sieben von zehn Frauen sind in Österreich zwar berufstätig, aber sie verdienen deutlich weniger, selbst für die gleiche Arbeit und sie erledigen noch immer zwei Drittel der Hausarbeit und **Kinderbetreuung**", so Wurm. ****

Wie der Bericht zeigt, gibt es in allen Branchen in Österreich noch immer einen "Frauenabschlag": Sie bekommen für die gleiche Arbeit um bis zu 18 Prozent weniger Lohn, nur aufgrund ihres Geschlechts. Und in den Führungsetagen liegt der Anteil der Frauen noch immer unter zehn Prozent, obwohl es so viele hoch qualifizierte Frauen wie noch nie gibt. "13,8 Prozent der Frauen verfügen über einen Hochschulabschluss, 1991 waren es nur sechs Prozent", so die SPÖ-Frauensprecherin.

"Großen Nachholbedarf zeigt der Bericht bei den Kinderbetreuungsplätzen für unter Dreijährige. Denn derzeit gibt es nicht einmal für jedes sechste Kind unter 3 Jahren einen Krippenplatz. Damit verfehlen wir die EU-Vorgaben von 33 Prozent weit", so Wurm. Familien- und gesellschaftspolitisch erwünscht seien hohe Frauenbeschäftigung, Armutsvermeidung und mehr Kinder. "Das geht aber nur, wenn es Betreuungsplätze gibt, die auch flexible Öffnungszeiten haben, für die Eltern gut und schnell erreichbar und auch leistbar sind. Deshalb brauchen wir auch mehr Betriebskindergärten. Hier sind neben den Ländern auch die Unternehmen gefordert", erklärte Wurm.

Zwtl.: Erstmals Situation von Migrantinnen beleuchtet

Als "sehr positiv" bewertete Wurm, dass erstmals im Bericht auch die Situation von Migrantinnen ins Blickfeld gerückt werde, ihr Anteil liegt bei rund 17 Prozent der weiblichen Bevölkerung in Österreich. Denn dort gab es bisher "viele blinde Flecken". Man wusste über die Lebensrealität von Einwanderinnen bisher wenig Bescheid. Und es zeige sich, dass Migrantinnen neben Alleinerzieherinnen und Pensionistinnen zu den am häufigsten von Armut betroffenen Gruppen gehören. Bei den Migrantinnen liegt die Arbeitslosenquote höher und der durchschnittliche Verdienst niedriger.

"Der Frauenbericht 2010 zeigt, dass es unbedingt notwendig ist, die Situation der Frauen weiter zu verbessern und dass alle Maßnahmen und Forderungen von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek voll zu unterstützen und umzusetzen sind: Das bedeutet eine faire Verteilung der unbezahlten Arbeit unter Frauen und Männern, die Forcierung des Ausbaus von adäquaten Kinderbetreuungseinrichtungen, die Transparenz der Einkommen und Offenlegung der Gehälter sowie die Erhöhung der Frauenquote in Aufsichtsräten auf 40 Prozent", so die SPÖ-Frauensprecherin abschließend. (Schluss) sm/zo

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien,
 Tel.: 01/53427-275
<http://www.spoe.at/online/page.php?P=100493>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/199/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Frauenarmut steigt - Maßnahmen sind gefordert Volkshilfe zum aktuelle Frauenbericht

Wien (OTS) - Volkshilfe Bundesgeschäftsführer Erich Fenninger zeigt sich erfreut, dass in Österreich zum ersten Mal seit 15 Jahren endlich wieder ein so genannter Frauenbericht erstellt wurde: "Es ist positiv zu sehen, dass die Situation von Frauen öffentlich diskutiert wird, die Ergebnisse sind jedoch ernüchternd: Zwei Drittel der Frauen sind in Österreich für die **Kinderbetreuung** und den Haushalt verantwortlich und im Gegensatz dazu finden sich Frauen kaum in Spitzenpositionen der großen Wirtschaftsunternehmen."

"7% der Frauen in unserem Land, das sind erschreckende 281.000, sind von manifester Armut betroffen. Diese Zahl ist in den letzten Jahren gestiegen, an der Situation der betroffenen Frauen hat sich jedoch wenig verändert.", gibt Fenninger zu bedenken. Insbesondere Alleinerzieherinnen, Pensionistinnen und Migrantinnen gehören zu den am häufigsten von Armut betroffenen Gruppen: "Weiters gibt es eine Dunkelziffer von >versteckter Frauenarmut<, da für die Ermittlung der Armutsgefährdung das Haushaltseinkommen herangezogen wird. Hier wird also davon ausgegangen, dass die Mittel in einem Haushalt gleich verteilt werden und es ein gleichberechtigtes Zusammenleben gibt. Wir wissen aber, dass dies nicht immer der Fall ist."

Die Gründe für Frauenarmut sind vielfältig und reichen von schlechteren Bildungsmöglichkeiten über einen erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt, unzureichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten, die überwiegende Pflegezuständigkeit für Familienangehörige bis hin zu ungleichen Einkommen bei Erwerbsarbeit - der aktuelle Frauenbericht zeigt, dass im Vergleich zu den anderen EU-Mitgliedstaaten Österreich mit 25,5 % zu den Ländern mit sehr großen geschlechtsspezifischen Verdienstunterschieden zählt. Gemessen an den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten war die Differenz zwischen dem Einkommen von Frauen und Männern nur in der Slowakei und in Estland höher als in Österreich.

"Die Präsentation des Frauenberichts ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, es ist jedoch unbedingt notwendig, die Situation der Frauen rasch zu verbessern: Auf- und Ausbau eines flächendeckenden Angebotes an adäquaten Kinderbetreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten, ein existenzsicherndes Mindesteinkommen für Frauen in Teilzeitbeschäftigung, Regelungen zur Erhöhung der Gehaltstransparenz in österreichischen Unternehmen, die Abschaffung der Anrechnung des Partnereinkommens bei der Notstandshilfe und, last but not least, die rasche Einführung der Mindestsicherung." fordert Fenninger abschließend.

Rückfragehinweis:

Rainer Stoiber
E: rainer.stoiber@volkshilfe.at
T: 0676 834 02 216

Verena Fabris
Leiterin Asyl & Migration, Armut
Mobil: 0676 83 402 220
E-Mail: verena.fabris@volkshilfe.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/334/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Das große ABER

ORF.at

Die Kinderbetreuung wurde in den vergangenen Jahren ausgebaut: Gab es 1995 erst rund 217.500 Plätze, waren es 2008 immerhin etwa 242.800. ...

FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Schweiz: Tagung «Frühförderung in der Kita: Chance oder Last?»

In der ganzen Schweiz ist Frühförderung ein Thema geworden. Was aber ist eigentlich Frühförderung und was hat die familienergänzende Kinderbetreuung damit zu tun? Dieser Frage widmet sich die Tagung vom 22. Juni

2010 in Zug.

Landauf, landab werden Frühförderkonzepte und -Projekte entwickelt und umgesetzt. Dahinter stecken zum Teil sehr unterschiedliche Ideen und Modelle. In manchen Projekten werden Kindertagesstätten miteinbezogen, in anderen nicht. Aber sind es nicht ausgerechnet die Kitas, die bereits seit langer Zeit Orte der Frühförderung sind? Was heisst Frühförderung eigentlich? Ist sie die Integration von Kindern aus benachteiligten Verhältnissen? Versteht man darunter eher zweisprachige Kitas mit Förderprogrammen in Naturwissenschaften und Mathematik? Oder gehören viel mehr pädagogische Konzeptionen wie die Montessori- oder die Reggio-Pädagogik oder Bildungsprojekte dazu?

Die Tagung «Frühförderung in der Kita: Chance oder Last?» soll:

1. Den Begriff und die Ideen der Frühförderung ausleuchten und zu mehr Klarheit beitragen
2. Konkrete Beispiele der Frühförderung in der familienergänzenden Betreuung vorstellen
3. Die Teilnehmenden selbst zu Wort kommen zu lassen und ihre eigenen Ideen, Anregungen und Wünsche aufnehmen.

Organisiert wird die Veranstaltung gemeinsam von der CURAVIVA hfk (höhere Fachschule für Kindererziehung) und dem Verban Kindertagesstätten der Schweiz (KiTaS).

[Link zur elektronischen Anmeldung](#)

Details sind im Flyer zu finden.

[Flyer Tagung «Frühförderung in der Kita: Chance oder Last?»](#) 447 KB

Deutschland: Richtlinien zur Förderung der Bildungsforschung im Bereich „Ausweitung der Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte“

→ Siehe pdf-Beilagen „WIFF-Ausschreibung...“ und „korigierte+freigegebene...“

Deutschland: Frühpädagogische Studiengänge im Spannungsfeld von Spezialisierung und Generalisierung. Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

→ Siehe pdf-Beilage „Fruehpaedagogik“

Master in Early Childhood Studies der im kommenden WS 10/11 an den PHen St. Gallen und Weingarten

→ Siehe pdf-Beilage „Flyer Master...“

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK

→ ***Siehe auch: Befreiung von der Kindergartenverpflichtung***

10 Gründe für Inklusion

Gemeinsame Freizeit für alle Kinder mit und ohne Behinderung
Inklusion heisst FÜR ALLE

Inklusion ist ein Menschenrecht.

Jede Form von Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen ist eine Menschenrechtsverletzung. Dies verdeutlicht die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen und verweist darauf, dass Behinderung selbstverständlicher Bestandteil menschlichen Lebens ist. In Deutschland ist die Konvention seit dem 26.03.2009 in Kraft.

Inklusion bedeutet das Achten und Wertschätzen menschlicher Vielfalt.

Die Vielfältigkeit von Menschen ist eine Bereicherung für alle. Dies gilt hinsichtlich körperlicher, kognitiver und psychischer Fähigkeiten ebenso wie hinsichtlich der sozialen, ethnischen und nationalen Herkunft, der Hautfarbe, des Alters, des Geschlecht, der sexuellen Orientierung, der Kultur, Religion oder Weltanschauung.

Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Alle Menschen sollen in allen gesellschaftlichen Bereichen aktiv teilnehmen können. Dazu braucht es die Mitwirkung aller. Organisationen und staatliche Stellen können Inklusion unterstützen und voran bringen, aber nicht alleine umsetzen.

Inklusion ist ein ganzheitlicher Prozess.

Um die Teilhabe aller zu gewährleisten braucht es Bedingungen in allen Lebensbereichen, also auch im Freizeitbereich, die diese ermöglichen. Inklusion orientiert sich nicht nur am einzelnen Kind an, sondern an seiner Lebensumwelt. Ausschließlich die Förderung von Kindern mit Behinderungen in eigenen getrennten Räumen genügt daher nicht.

Inklusion beginnt im Kopf.

Um Freizeitgestaltung von Kindern mit und ohne Behinderungen als Normalität zu sehen, gilt es auch die Vorbehalte und Barrieren im Kopf abzubauen. Gemeinsames lernen und spielen von Anfang an lässt Vorurteile erst gar nicht entstehen und fördert gegenseitige Akzeptanz.

Kinder brauchen Freizeit und Spiel.

Dies ist sogar als Recht in Artikel 31 der UN-Kinderrechtskonvention formuliert. Freizeit bedeutet das zu tun, was jedem Kind Spaß macht. Kinder wollen in ihrer Freizeit mit Gleichaltrigen spielen, sich erholen und einfach mal abschalten. Dieses Bedürfnis haben alle Kinder.

Kinder lernen mit Unterschiedlichkeiten umzugehen.

In Freizeitgruppen von Kindern mit und ohne Behinderungen lernen sich alle mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Bedürfnissen kennen. Die Kinder erfahren was miteinander möglich ist und was einzelne brauchen. Alle Kinder lernen, dass es normal ist verschieden zu sein.

Kinder wollen mittendrin sein.

Alle Kinder brauchen das Spielen und die Freizeitgestaltung mit Gleichaltrigen. Die Erfahrung dazu zu gehören, stärkt sie. Auf Spielplätzen, in Sportvereinen, in Musikschulen und Freizeiteinrichtungen jedoch sind Kindern mit Behinderung bisher nur selten dabei.

Kinder lernen Vielfalt zu gestalten.

Gemeinsame Freizeitaktivitäten unterstützen Kinder dabei vielfältig gestaltete Beziehungen einzugehen, Ängste ab- und Freundschaften aufzubauen. Respekt und Verständnis füreinander können so wachsen.

Kinder brauchen auch in der Freizeit unterschiedliche Kinder.

Zahlreiche empirische Untersuchungen zeigen, dass alle Kinder von vielfältiger Gruppenzusammensetzung profitieren und dass das Sozialverhalten aller Kinder gestärkt wird.

<http://www.bildungsvision.de/2010/05/29/warum-inklusion/>

JUGENDSCHUTZ

Unbefangenheit in pädagogischen Kontakten gefährdet

Die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V. bedauert, dass in Folge der aufrüttelnden Berichte über sexualisierte Gewalt nun generell die Unbefangenheit in pädagogischen Kontakten gefährdet wird. Das widerspricht dem pädagogischen Bemühen der Landesarbeitsgemeinschaft.

Die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e. V. hat sich auf ihrer diesjährigen Mitgliederversammlung eingehend mit Grenzverletzungen und sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche befasst. Sie plädiert für konsequente Strafverfolgung ohne Rücksicht auf die Person des Täters. Seit bereits über zwanzig Jahren hat die Landesarbeitsgemeinschaft mit einer Reihe von Veröffentlichungen und Veranstaltungen zur „sexualisierten Gewalt“ präventiv gearbeitet. Dies schließt den eindeutigen Opferschutz mit ein.

Mahnend weist die Landesarbeitsgemeinschaft darauf hin, dass infolge der derzeitigen Auseinandersetzungen die Unbefangenheit im pädagogischen Umgang mit körperlicher Nähe verloren geht. Diese ist notwendig für die Identitätsbildung und damit auch für die Entwicklung kindlicher und jugendlicher Sexualität. Es drohe ein Generalverdacht auf Sexualisierung jeder körperlichen Geste und jeder Berührung. Wenn in Jugendlagern kein gemeinsamer Schwimmbadbesuch mehr möglich ist, ein freundschaftlich-raufendes Kräfteressen zwischen Gruppenleitern und den ihnen anvertrauten Kindern und Jugendlichen dem Übergriffsverdacht unterliegt, jede tröstende Geste und jede Umarmung bereits verdächtig würde, ist dem Präventionsgedanken nicht gedient. Erotik und Sexualität würden von Neuem tabuisiert und damit einer bejahenden und positiven Entwicklung mit dem Ziel einer gesunden Beziehungsfähigkeit beraubt. Das „personale Angebot“, das gemäß der Würzburger Synode ein zentrales Prinzip kirchlicher Jugendarbeit darstellt, droht in seinem Kern beschädigt zu werden.

Nach Überzeugung der Landesarbeitsgemeinschaft sind nunmehr vor allem eine offene Kommunikation der Pädagogen sowie interkollegiale Beratung und Supervision vonnöten. Auch einschlägige Fortbildungen helfen Teams und Einzelnen, auf der einen Seite die Unbefangenheit zu schützen und auf der anderen Seite sexuell übergriffigen Motiven vorzubeugen. Die sexuelle Unversehrtheit der Kinder und Jugendlichen ist so am besten zu sichern. Zudem müssen sie lernen, selbst Nein zu sagen und andererseits ein Nein in gleicher Weise zu respektieren.

Die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V. sieht auch in der innerkirchlichen Kommunikation Veränderungsbedarf. So müssen die Leitlinien kirchlicher Sexuallehre besser in die gegenwärtigen gesellschaftlichen Kontexte vermittelt und angemessener in die Denk- und Sprachhorizonte der nach Orientierung fragenden Menschen übersetzt werden.

Wenn die Stimme von verantwortlichen Christen und sensiblen Seelsorgern kein Gehör mehr findet, weil die Kirche in Fragen der Sexualität insgesamt diskreditiert ist, bedeutet das für die Entwicklung der Gesellschaft, insbesondere aber auch für den Kinder- und Jugendschutz, einen herben Verlust.

Quelle: Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V

Link zur Nachricht: [Hyperlink](#)

Herausgeber: [Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V.](#)

Schlagwörter: Gewalt, Gewalt gegen Kinder, Kinder- und Jugendschutz, Opfer, Pädagoge/Pädagogin, Sexualstraftäter/-in

Eingetragen von: bache@ijab.de

JUGENDWOHLFAHRT

Radiokolleg - Zuhause im Heim *

ORF.at

Und in der Jugendwohlfahrt wird nach Jahren alternativer Konzepte wieder laut ... In: Knapp, Gerald/Scheipl, Josef (Hg.): Jugendwohlfahrt in Österreich. ...

KINDERGARTEN

Befreiung von der Kindergartenverpflichtung

Ab September 2010 gilt für alle Kinder die bis 31. August ihr 5. Lebensjahr vollenden, eine Pflicht zum Besuch einer institutionellen Kinderbetreuungseinrichtung. Der halbtägige Kindergartenbesuch umfasst mindestens 16 bis 20 Stunden pro Woche und wird von September bis Juni mit Ausnahme der Schulferien verpflichtend. Ergänzend zur Ferienzeit und den schulfreien Tagen kann auch ein Urlaub im Umfang von 3 Wochen in Anspruch genommen werden.

Sollte Ihrem Kind nach Ihrer Einschätzung aufgrund seines sonderpädagogischen Förderbedarfes der Besuch des Kindergartens nicht zumutbar sein, können Sie als Elternteil einen Antrag auf Befreiung von der Kindergartenpflicht stellen und Ihr Kind zu Hause betreuen.
Weitere Informationen finden Sie im Folder!

Folder [Es ist normal, verschieden zu sein!](#) Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf im Kindergarten

Kontakt

Birgit Schmid, Abteilung Jugendwohlfahrt und Kinderrechte: post@II2.bmwfj.gv.at

KINDERRECHTE

Europäische Selbsthilfe Gruppe Eltern-Kinderrechte gegen ...

Europäische Selbsthilfe Gruppe Eltern-Kinderrechte gegen Amtsmissbrauch is on Facebook Sign up for Facebook to connect with Europäische Selbsthilfe Gruppe ...

www.facebook.com/group.php?gid=119287181438915

MIGRATION, MIGRANTEN, INTEGRATION

Städtetag: Arbeitskreis Integration setzt auf Bildung

Wien (OTS) - Der Arbeitskreis Integration setzte sich am Donnerstag in erster Linie mit dem Thema Bildung auseinander. Bildung sei einer der drei Schlüssel zur Integration, so Mario Rieder, Geschäftsführer der Wiener Volkshochschulen. Erst Bildung führe zu entsprechenden Chancen am Arbeitsmarkt (Schlüssel 2) und erweitere die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Beteiligung (Schlüssel 3). Als zentrale Herausforderungen für kommunale Bildungsarbeit in Hinblick auf Integrationsprozesse nannte Rieder unter anderem ein funktionierendes Zusammenleben. Hier müsse sich die Aufnahmegesellschaft für solche Prozesse "fit machen" und gegenseitige Lernbereitschaft fordern und fördern. Weitere Herausforderungen seien die Unterstützung von Mehrsprachigkeit und das Thema "Qualifikation und Arbeitsmarkt", das wiederum ursächlich mit dem Thema Bildung verbunden sei. Als Erfolgsfaktor diagnostizierte Rieder vor allem "Koordination und Vernetzung": Ein abgestimmtes Agieren von **Kindergarten**, Schule, Erwachsenenpolitik und Arbeitsmarktpolitik sei für den Erfolg unbedingt notwendig, sowohl auf nationaler als auch kommunaler Ebene.

Das Thema Bildung sei auch wichtiger Bestandteil bei der Integrationsarbeit der Stadt Innsbruck, so Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer. So werde seit mehreren Jahren in Kindergärten und Horten interkulturelle Sprachassistenten angeboten, parallel dazu Sprachkurse für Mütter. Weitere Projekte gebe es in punkto "Neuer Mittelschule" - hier liege der Migrationshintergrund übrigens bei annähernd 70 Prozent.

Einen Blick auf Stadtentwicklung und Migration warf Prof. Erol Yildiz von der Universität Klagenfurt. Seine Kritik: der Beitrag von Migranten zur Stadtentwicklung und zur urbanen Kommunikation komme im öffentlichen Diskurs kaum vor. Im Gegenteil: migrationsgeprägte Viertel würden schnell zum "Ghetto" stilisiert. Betrachte man Migration und Diversität als "städtische Ressource", wäre dies vielmehr eine Bereicherung und keine Last. Stadtentwicklungspolitische Konzepte könnten in diesem Kontext jedenfalls viele Möglichkeiten bieten. (Schluss) kad

Rückfragehinweis:

PID-Rathauskorrespondenz:
www.wien.gv.at/rk/
Mag. Erwin Kadlik
Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (MA 53)
Telefon: 01 4000-81083

E-Mail: erwin.kadlik@wien.gv.at

Mag.a Saskia Sautner
Mediensprecherin
Österreichischer Städtebund
Telefon: 01 4000-89990
Mobil 0676 8118 89990
E-Mail: saskia.sautner@staedtebund.gv.at
www.staedtebund.gv.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/174/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Sanierung des Budgets - Österreichischer Gewerkschaftsbund

"Das wäre eine Win-win-Situation", ergänzte der Direktor der Diakonie Österreich, Michael Chalupka: "Vor allem MigrantInnen und WiedereinsteigerInnen ..."

www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename...n...

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

Übersicht

Inskription

PH Wien

Schnupper- und Informationsnachmittag zur Montessori-Pädagogik und zum Diplomausbildungslehrgang "Q"

Gratis Schnuppernachmittag für Volksschullehrer/innen und Kindergartenpädagogen und -pädagoginnen am 24.11.2010 von 16:00 bis 18:30.

[Information und Anmeldung](#)

Montessori Pädagogik allgemein

Das Menschenbild von Maria Montessori und ihre Theorie bilden einen sicheren Bezugsrahmen für die pädagogische Praxis.

Im Laufe der letzten hundert Jahre verbreitete sich ihre Pädagogik auf der ganzen Welt. Sie befähigt Kinder verschiedener Kulturkreise, Sprachen und Religionen, sich ihren inneren Möglichkeiten gemäß zu entfalten. Die neueste Gehirnforschung bestätigt Erkenntnisse, die Maria Montessori durch Beobachtung und intuitiv gewann und in ihre Pädagogik einfließen ließ - diese ist heute aktueller denn je.

Grundlegend sind der Respekt und die Achtung vor dem Kind und das Vertrauen der Erzieherin und des Erziehers. Selbsttätigkeit und Freiheit in der Wahl der Unterrichtsmaterialien sind zwei Säulen der Montessori-Pädagogik. "Hilf mir, es selbst zu tun!" ist die Aufforderung der Kinder an jede Montessori-Pädagogin und an jeden Montessori-Pädagogen.

Montessori-Vereinigung Wien & Arbeitsgruppe Freie Lernphase

Die Montessori-Vereinigung Wien & Arbeitsgruppe Freie Lernphase hat das Ziel, Montessori-Ausbildungen in Zusammenarbeit mit der PH Wien zu organisieren und durchzuführen.

In unseren Kursen werden die Teilnehmer/innen befähigt, Kinder nach den Prinzipien der Montessori-Pädagogik so zu erziehen und zu lehren, dass sie sich ihren Begabungen gemäß individuell optimal entwickeln können. Auf Basis theoretischer Grundlagen soll den Teilnehmer/innen die notwendige Kompetenz vermittelt werden, die Montessori-Materialien didaktisch richtig und den Bedürfnissen und dem Entwicklungsstand der Kinder entsprechend handhaben zu können.

Anmeldung unter folgender Homepage: www.montessori-wien.org

SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

Umsetzung des Maßnahmenpaket Integration in Linz auf Hochtouren

Sechs Projekte bereits umgesetzt
100 000 Euro für Sprach- und Lernförderung
600 Kinder und 200 Mütter profitieren von Förderaktivitäten

Die oberösterreichische Landeshauptstadt hat es sich zum Ziel gesetzt, den hier lebenden Menschen möglichst gute Lebenschancen zu bieten. Ende März dieses Jahres wurde das Integrationsmaßnahmenpaket „Für einen besseren Zusammenhalt unserer Gesellschaft“ vorgestellt. Die darin enthaltenen Ansätze sollen vor allem dazu beitragen, das Zusammenleben von MigrantInnen und Einheimischen auf Basis von Respekt und gegenseitiger Wertschätzung zu verbessern.

Nun geht es darum, die vom Gemeinderat mit großer Mehrheit beschlossenen Maßnahmen rasch umzusetzen. Vor allem der Sprach- und Lernförderung kommt ein hoher Stellenwert zu. Bildung ist eine Schlüsselqualifikation und entscheidet über die Zukunftschancen der Kinder und Jugendlichen. Sechs Projekte, die den Bildungsbereich betreffen, werden daher bereits umgesetzt. Insgesamt investiert die Stadt Linz aktuell mehr als 100 000 Euro in die Sprach- und Lernförderung.

Neben einer intensiven sprachlichen Frühförderung, dem Ausbau des „Rucksack-Modells“ und einer individuellen außerschulischen Lernförderung, hat die Stadt Linz eine rasche Umsetzung der Projekte „Lese-Tandem“, „Mama lernt Deutsch“ und dem „Club der Begegnung“ forciert. Insgesamt profitieren mehr als 600 Kinder und 200 Mütter mit migrantischem Hintergrund von der Umsetzung dieser Maßnahmen.

„Je besser die Integration Fremder und Zugewanderter klappt, desto höher ist die Zufriedenheit der gesamten Bevölkerung. Eine zügige Umsetzung der vorgestellten Maßnahmen kommt somit allen Linzerinnen und Linzern zu Gute. Die Vorbereitungsarbeiten laufen auf Hochtouren. Die Maßnahmen und Projekte werden nun der Reihe nach in die Tat umgesetzt,“ betont Vizebürgermeister Klaus Luger.

Zügige Umsetzung der vorgestellten Maßnahmen und Projekte

Das im März vom Gemeinderat beschlossene Integrationspaket forciert Maßnahmen in den Bereichen der Sprach- und Lernförderung, der Gesundheit, des Sports, der Kultur, der Verwaltung, der Jugend und der Freizeit. Ganz wesentlich gelten auch Integrationsmaßnahmen im Wohnumfeld sowie Projekte für eine Verbesserung der Bildungspartnerschaft zwischen Schule und Elternhaus. Insgesamt umfasst das Maßnahmenpaket 21 Projekte in neun unterschiedlichen Themenbereichen.

Derzeit wird an der konsequenten Umsetzung des Maßnahmenpakets gearbeitet. Die Vorbereitungsarbeiten laufen auf Hochtouren. Einzelne Projekte sind bereits mit Erfolg gestartet.

Mehr als 100 000 Euro für intensive Sprach- und Lernförderung

Sechs Projekte, vor allem in der Sprach- und Lernförderung, sind bereits im Laufen. Insgesamt investiert die Stadt Linz 101 700 Euro für diese Projekte. 40 Prozent der Kosten einzelner Projekte finanziert das Land Oberösterreich mit.

Projekt	Kosten
Intensivere sprachliche Frühförderung	7 300 Euro
Projekt "Mama lernt Deutsch"	29 000 Euro
Ausbau des "Rucksack-Modells"	24 000 Euro
Projekt "Lese-Tandem"	10 000 Euro
Lernförderung in Kooperation mit Dritten	25 000 Euro
Club der Begegnung	6 400 Euro
Gesamt	101 700 Euro

Im Maßnahmenpaket nimmt die Lern- und Sprachförderung für Kinder und Jugendliche einen ganz wesentlichen Schwerpunkt ein. Ohne Beherrschen der deutschen Sprache wird es keine wirkliche Integration geben können. Das Bildungssystem ist bis heute das zentrale System bei der Zuteilung von Lebenschancen. Bildungschancen sind noch immer massiv von der sozialen Herkunft abhängig. Es kommt kaum zu einem Ausgleich unterschiedlicher Startvoraussetzungen. Kinder aus MigrantInnenfamilien haben noch immer schlechte Bildungschancen.

Aus diesem Grund wurde der Umsetzung der Bildungsmaßnahmen große Aufmerksamkeit geschenkt. Der rasche Start der einzelnen Projekte, kommt den Kindern und Jugendlichen mit migrantischem Hintergrund zu Gute. Insgesamt profitieren bereits jetzt zirka 600 Kinder und 200 Mütter von diesen Projekten.

Intensivere sprachliche Frühförderung

Eine besonders wichtige Integrationsmaßnahme wird im Bereich der Sprachförderung in den städtischen Kindergärten bereits umgesetzt. MigrantInnen- und Flüchtlingskinder, die besondere Defizite in der Beherrschung der deutschen Sprache aufweisen, werden gezielter gefördert.

Mit Frühling dieses Jahres startete das Institut für Interkulturelle Pädagogik daher in vier städtischen Kindergärten – Cremerstraße, Pestalozzistraße, Hauderweg und im Kindergarten Auerpeint – mit dem Projekt „Förderung der Mehrsprachigkeit im Kindergarten“. Diese Maßnahme zielt darauf ab, MigrantInnen- und Flüchtlingskinder, die sprachliche Defizite aufweisen und bald die Volksschule besuchen werden, gezielt zu fördern. Durch Stärkung der Erstsprache der Kinder und gezielte Förderung der Zweitsprache, sollen die sprachlichen Ausdrucksmöglichkeiten der Kinder entsprechend entwickelt werden. In gezielt angebotenen Sprachfördereinheiten werden die Kinder sprachlich gestärkt. Die Kosten für dieses Projekt belaufen sich auf 12 115 Euro. 60 Prozent der Kurskosten in Höhe von 7 296 Euro werden durch die Stadt Linz gedeckt. 40 Prozent der Kosten übernimmt das Land Oberösterreich.

Projekt „Mama lernt Deutsch“

Bildungserfolge hängen sehr stark vom sozialen Status und vom Bildungshintergrund der Eltern ab. Vor allem Mütter nehmen hier einen großen Stellenwert ein. Migrantinnen stammen zum Teil aus bildungsferneren Schichten, wenige sind in ihrer Muttersprache nicht ausreichend alphabetisiert. Um diese Gruppe der Frauen zu erreichen, bedarf es spezieller Angebote an Sprach- beziehungsweise Alphabetisierungskursen.

Um den Frauen das nötige Rüstzeug in die Hand zu geben, wurde bereits mit April dieses Jahres das Projekt „Mama lernt Deutsch“ gestartet. An drei Linzer Volksschulen, im Eltern-Kind-Zentrum Franckviertel und im Wissensturm haben Sprachförderkurse gestartet. Insgesamt nehmen 99 Frauen an diesem Projekt teil. In Summe sollen elf Kurse bis Ende des Jahres umgesetzt werden. Das Institut für Interkulturelle Pädagogik führt im Auftrag der Stadt Linz diese Fördermaßnahme durch. 60 Prozent der Kosten für das Projekt „Mama lernt Deutsch“ in der Höhe von 29 000 Euro trägt die Stadt Linz. Der restliche Betrag wird durch das Land Oberösterreich finanziert.

Ausbau des „Rucksack-Modells“

Eine wichtige Maßnahme sowohl zur muttersprachlichen, als auch zur Deutsch-Förderung stellt das so genannte Rucksack-Modell dar. Es handelt sich um ein mehrstufiges Programm, das neben der Förderung der Mehrsprachigkeit bei MigrantInnenkinder auch eine intensive Einbindung der Eltern in den Bildungsprozess zum Ziel hat. Eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Kindergarten wirkt sich positiv auf die Entwicklung der Kinder aus. Das seit 2008 bestehende Rucksackprojekt in den städtischen Kindergärten wird seit 2010 kontinuierlich erweitert.

Seit März sind insgesamt zwölf ausgebildete Rucksack-Mütter als muttersprachliche Sprachtrainerinnen in zwölf städtischen Kindergärten im Einsatz. Einmal pro Woche treffen sich die Mütter für zwei Stunden und machen gemeinsame Aktivitäten. Die Anbindung an den Kindergarten ist dabei sehr wichtig und Bedingung für dieses Programm. Denn hier soll die Förderung in der deutschen Sprache parallel zur Arbeit mit den Müttern erfolgen. 108 Mütter mit migrantischem Hintergrund nehmen teil.

Derzeit gibt es in Linz sieben Rucksackgruppen in türkischer und fünf Gruppen in albanischer Sprache. Rund 24 000 Euro investiert die Stadt Linz für das vom Institut für interkulturelle Pädagogik geleitete Projekt.

Projekt „Lese-Tandem“

Zur Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund, die Sprach- und Lesedefizite haben, wurde das Projekt Lese-Tandem entwickelt. Dabei übernimmt jeweils ein/e MentorIn ein „Lesepatenkind“ und kümmert sich ein oder zwei Semester lang um dieses Volksschulkind. Seit April wird das Projekt in den Volksschulen Goetheschule, Mozartschule und Otto-Glöckel-Schule als Pilotversuch umgesetzt. Die Treffen finden einmal pro Woche am Nachmittag in der Schule statt. Es werden Bücher gemeinsam gelesen, die Kinder motiviert selbst zu lesen. Zudem lernen sie interessant und spannend vorzulesen. Die MentorInnen arbeiten ehrenamtlich. Der Verein für interkulturelle Begegnung und Kulturvermittlung unterstützt die MentorInnen und begleitet diese. Derzeit nehmen 49 Lesepatenkinder am Projekt teil. Ab Herbst 2010 ist geplant, diese bildungsfördernde Maßnahme auszuweiten. Die Finanzierung des Projekts erfolgt je zur Hälfte durch das Land Oberösterreich und die Stadt Linz. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 20 000 Euro für 2010.

Lernförderung in Kooperation mit Dritten

MigrantInnen bringen Fähigkeiten und Potenziale mit, die derzeit nur unzureichend genutzt werden. In den internationalen Vergleichsstudien PISA und PIRLS werden für Österreich relativ große Leistungsdifferenzen zwischen SchülerInnen mit und ohne Migrationshintergrund berichtet. Um einem negativen Bildungstrend jugendlicher MigrantInnen entgegenzuwirken, müssen dringend Maßnahmen gesetzt werden. Die Stadt Linz hat daher im Integrationspaket eine Maßnahme im Bereich der Lernförderung in Kooperation mit Dritten gesetzt.

Das Projekt Lernförderung legt seinen Schwerpunkt auf eine gezielte Lernförderung sowie der Unterstützung bei der Hausübungsbetreuung. Angesprochen werden vor allem Kinder und Jugendliche, die keinen Hort

besuchen. Die Umsetzung dieser Maßnahme ist bereits erfolgt. Das Institut für Interkulturelle Pädagogik betreut im Auftrag der Stadt Linz derzeit 277 SchülerInnen. Im Linzer Wissensturm sowie in der Pädagogischen Hochschule werden die SchülerInnen einmal pro Woche bei der Hausübungserledigung sowie bei der individuellen Lernförderung unterstützt. Insgesamt erhält der Verein dafür 41.750 Euro. 60 Prozent der Kosten, 25.050 Euro, deckt die Stadt Linz.

Club der Begegnung

Durch gemeinsame Feste sowie durch kulturelle, sportliche und soziale Freizeitaktivitäten sollen einheimische Jugendliche und Jugendliche mit Migrationshintergrund verstärkt gemeinsam etwas unternehmen. Die BetreuerInnen der Clubs der Begegnung initiieren verschiedene Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche, mit dem Ziel, ihnen eine bessere Sozialisation in die neue, fremde Kultur zu ermöglichen. In der Bertha-von-Suttner Schule, im Georg-von-Peuerbach Gymnasium sowie in der Hauptschule Diesterweg und Grillparzer und in der Volksschule Goetheschule finden regelmäßigen an Wochenenden diese Treffen statt. Insgesamt nehmen zirka 130 SchülerInnen daran teil. Durchgeführt wird dieses Projekt durch das Institut für Interkulturelle Pädagogik. Gemeinsam mit dem Land Oberösterreich werden die Kosten in Höhe von 10 630 Euro getragen. Die Stadt Linz investiert 6 378 Euro für diese Maßnahme.

(Informationsunterlage zur Pressekonferenz von Sozialreferent Vizebürgermeister Klaus Luger zum Thema „Umsetzung des Maßnahmenpakets Integration“)

[Peter Hirhager](#) Tel.: +43 732 7070 1366

KONTAKT

Magistrat der Landeshauptstadt Linz
Hauptstraße 1-5
4041 Linz

Tel: +43 732 7070 0
Fax: +43 732 7070 54 2110
E-Mail: info@mag.linz.at

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Stellenausschreibung gruppenführende KindergartenpädagogIn

gruppenführende KindergartenpädagogIn. Die Pfarre Linz, Herz Jesu sucht ab sofort eine/n ... Abgeschlossene Ausbildung zur/m KindergartenpädagogIn ...

www.caritas-linz.at/fileadmin/pdf/job.php?uid=1881

TAGESELTERN, TAGESMÜTTER, TAGESVÄTER

Tagesmütter/-väter-Ausbildung: Curriculum für Ausbildungslehrgänge für Tagesmütter/-väter

Die Kinderbetreuung durch Tagesmütter/-väter soll in Österreich wie auch in anderen europäischen Ländern durch hohe Qualitätsstandards in der Aus- und Weiterbildung sowie durch fachliche Begleitung gekennzeichnet sein. Das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend möchte einen Impuls für ein Ausbildungsangebot für Tagesmütter/-väter mit bundesweit vergleichbarem Ausbildungsumfang und -inhalt setzen.

Zur Umsetzung dieses Vorhabens hat eine vom Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend eingesetzte Expertinnenarbeitsgruppe ehrenamtlich ein Ausbildungscurriculum für Tagesmütter/-väter erstellt. Die vorgegebenen bundesweiten Standards sollen bundesweit zu einer einheitlichen Ausbildungsqualität beitragen und das Berufsbild stärken.

Für die Zertifizierung dieser anspruchsvollen Ausbildung soll ein entsprechendes Gütesiegel ins Leben gerufen werden, um durch positive Auszeichnung die Qualität der Ausbildungslehrgänge hervorzuheben.

→ Kontakt

Birgit Schmid, Abteilung Jugendwohlfahrt und Kinderrechte: post@II2.bmwfj.gv.at

→ Weiterführende Informationen

[Curriculum für Ausbildungslehrgänge für Tagesmütter/-väter \(PDF, 229kB\)](#)

Antrag der Abgeordneten Ursula Haubner, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein

Bundesrahmengesetz zur einheitlichen Regelung von Ausbildung, Berufsdefinition und Besoldung von Tageseltern

→ http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIV/A/A_01139/pmh.shtml

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

Kindgemäße Pädagogik -
Veranstaltungen und Events

Projektpräsentation und Filmvorführung von "Peace Starts at Home! Men Included", einer Kampagne gegen Gewalt gegen Frauen

Liebe Frauen ohne Grenzen, lieben FreundInnen,

wir möchten Sie zur Projektpräsentation und Filmvorführung von "Peace Starts at Home! Men Included", einer Kampagne gegen Gewalt gegen Frauen einladen:

am 1. Juni 2010 um 14.30 Uhr im Pressezentrum des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, 5. Stock, Regierungsgebäude am Stubenring 1, 1010 Wien (Eingang Ecke Oskar-Kokoschka-Platz)

Eröffnung: Bundesminister Rudolf Hundstorfer

Am Podium: Archana Kapoor, Frauen ohne Grenzen Projektpartnerin Indien, Dr.in Edit Schlaffer / Frauen ohne Grenzen

„Männer haben Kraft, aber nicht, um zu schlagen! “

Das ist die Botschaft der Anti-Gewalt-Kampagne von Frauen ohne Grenzen und des Sensibilisierungstrainings, das in Neu Delhi, Chennai, Lucknow und Mumbai mit der indischen Partnerin Archana Kapoor und ihrer NGO [SMART](#) gemeinsam entwickelt und durchgeführt wurde.

Diese einmalige Initiative wurde vom Bundesministerium [für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz \(BMASK\)](#) unterstützt. Peace Starts at Home! ist ein Modellprojekt für positive männliche Partizipation und Aktion.

In Zusammenarbeit mit lokalen und internationalen ExpertInnen und auf Basis einer Umfrage in Familien, die von Gewalt betroffen sind, wurde ein Trainingshandbuch erarbeitet, mit dem SozialarbeiterInnen und NGO-MitarbeiterInnen ausgebildet werden, um mit Männern und Frauen gemeinsam konstruktive Wege aus der Gewalt zu finden.

„Männer machen Frieden, diesmal zu Hause und nicht auf der Weltbühne!“

So lautet der Slogan der „Frauen ohne Grenzen“-Kampagne, die im Rahmen dieses Projektes in Indien gestartet wurde.

Archana Kapoor hat einen begleitenden Film zum Projekt gedreht, der sowohl als Trainingsunterlage als auch als Motor für eine nationale und internationale Bewusstseinsbildungskampagne genutzt werden kann.

Gewalt gegen Frauen ist in Indien ein Tabuthema; es gibt kaum Einrichtungen, in denen Frauen offen über Vorfälle häuslicher Gewalt sprechen können. Gewalt gegen Frauen ist kein Privatproblem der Betroffenen, Gewalt gegen Frauen ist nicht mit männlicher Aggressivität oder kulturellen Praktiken zu entschuldigen, Gewalt gegen Frauen muss thematisiert und enttabuisiert werden.

Der National Family Health Survey India (NFHS) spricht eine deutliche Sprache:

21 Prozent der verheirateten Frauen in Indien werden seit ihrem 15. Lebensjahr von ihren Ehemännern, Schwiegereltern oder anderen Personen misshandelt. Alle drei Minuten wird in Indien ein Verbrechen gegen Frauen begangen, alle 29 Minuten wird eine Frau vergewaltigt, alle 77 Minuten gibt es - angezeigte - Todesfälle aufgrund von Mitgiftstreitigkeiten.

„Peace Starts at Home!“ ist ein erster Schritt und die Grundlage für eine landesweite Kampagne in Indien.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen und bitten um Anmeldung bis 28. Mai 2010 unter office@frauen-ohne-grenzen.org oder 01 533 455 1.

Edit Schlaffer und das Frauen ohne Grenzen Team

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare**Postadresse:**

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen

Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns - danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.